

südseite

04/25

Sanierungszeitung für die Südliche Friedrichstadt | Semt yenileme gazetesi | صحيفه اصلاح وتأهيل المنطقة

Seite 4 – Die Zukunft des Kiezhausmeister am Mehringplatz ist ab Januar 2026 ungewiss.

Seite 5 – Serie: Ende des Sanierungsgebiets, Teil 3 – Die Gebietsvertretung

Seite 9 – »Unermüdliche Stimme am Mehringplatz«: Ein Nachruf auf Wulfhild Sydow

Seite 10 – Auch in diesem Jahr gibt es einen Wintermuckel – diesmal mit anderem Standort





Neue Haushaltssperre für den Bezirk

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg hat mit sofortiger Wirkung eine neue Haushaltssperre beschlossen, weil der Bezirk auf ein Millionendefizit beim Jahresabschluss zuläuft. Die Landeshaushaltssordnung sieht in diesem Fall die Verhängung einer Haushaltssperre vor, um Ausgaben zu reduzieren. Das Minus sei vor allem durch erhebliche Mehrausgaben bei den »Hilfen zur Erziehung« (HzE) und der Eingliederungshilfe entstanden, die auf erhebliche Kosten- und Mengensteigerungen zurückzuführen sind. Allein in diesem Bereich entstehe ein Defizit in Höhe von 11,6 Millionen Euro. Hilfen zur Erziehung sind Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, auf die Eltern einen individuellen Rechtsanspruch haben. Von 5.800 Fällen, die dem Bezirk 2024 außerplanmäßig entstanden, wurden nur 2.000 durch den Senat basiskorrigiert. Leistungen wie Beratungsangebote für Familien oder sozialpädagogische Familienhilfe durch die Erziehungs- und Familienberatungsstellen sind demzufolge nicht vollständig ausfinanziert und erzeugen sehr große Mehrausgaben in den kommunalen Haushalten. Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann appellierte erneut an den Berliner Senat, die Bezirke »endlich bedarfsgerecht auszustatten«.

Die Senatsverwaltung für Finanzen sieht die Schuld wiederum beim Bezirk. Friedrichshain-Kreuzberg verzeichnete einen überdurchschnittlich starken Anstieg der Fallzahlen und damit auch der Ausgaben – mehr als 20 Prozent über dem Berliner Durchschnitt. Dies

Inhalt

- [3 Aktuelles: Friedrichstraße 1-3 / Mieterberatung asum wieder vor Ort](#)
- [4 Kiezhausmeister / Friedrichstr. 4](#)
- [5 Serie: Ende der Sanierung; Teil 3: Die Sicht der Gebietsvertretung](#)
- [6 Bezirk geht gegen überhöhte Mieten vor](#)
- [7 Masterplan für den Block 616](#)
- [8 Neue Fördergebiete in Berlin / Sanierungsgebiet Müllerstraße wird verlängert?](#)
- [9 Gedenkveranstaltung für Wulfhild Sydow](#)
- [10 Veranstaltungen und Termine](#)
- [11 Eddie](#)
- [12 Das Letzte](#)

»Südseite« per Mail und im Internet

Sie möchten die aktuelle Zeitung lieber auf elektronischem Weg als PDF erhalten? Schreiben Sie uns einfach eine kurze E-Mail an redaktion-suedseite@gmx.de mit dem Stichwort »E-Versand«, und wir nehmen Sie gern in unseren Mail-Verteiler auf! Die »Südseite« findet man auch im Internet mit sämtlichen bisher erschienenen Ausgaben als PDF: [www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de/links- und-downloads/sanierungszeitung-suedseite/](http://www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de/links-und-downloads/sanierungszeitung-suedseite/)

Impressum

Südseite 04/2025, 11. Jahrgang
Erscheinungstermin November 2025
Herausgeberin: Stadtkontor Gesellschaft für behutsame Stadterneuerung mbH, Schornsteinfegergasse 13, 14482 Potsdam, Tel.: 0331 / 74 35 70
Mail/Web: sfs@stadtkontor.de, www.stadtkontor.de
V.i.S.d.P.: Uwe Hackmann
im Auftrag des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsanschrift: Südseite c/o U. Steglich,
Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, Tel. 030-283 3127
redaktion-suedseite@gmx.de

Fotoredaktion: Christoph Eckelt,
eckelt@bildmitte.de

Entwurf & Gestaltung: Kai Dieterich,
www.morgen-berlin.com

Druck: dieUmweltDruckerei GmbH



Es geht los – endlich

Die Instandhaltungsmaßnahmen an der Friedrichstraße 1-3 haben begonnen

Nach einiger Verzögerung haben nun die Instandsetzungsarbeiten im Stadtteilzentrum F1 begonnen: seit Ende September laufen bereits Arbeiten im Kellergeschoss im Bereich Heizung, Lüftung und Sanitäranlagen. Die Baustelleneinrichtung erfolgte erst Ende Oktober.

Der Sanierungsbedarf der Friedrichstraße 1-3, in der viele soziale und kulturelle Angebote für das Gebiet rund um den Mehringplatz stattfinden, ist bekanntlich hoch: Inzwischen ist die Bausubstanz in einem so schlechten Zustand, dass mehrere Gebäudeile nicht genutzt werden können. Doch der Senat hatte die umfassende Sanierung des Gebäudekomplexes, die etwa 20 Mio. Euro kosten würde, immer wieder verschoben, zuletzt auf das Jahr 2033. Der Bezirk hat deshalb die allerdringlichsten Instandsetzungsarbeiten selbst beauftragt, um den Standort zu erhalten und den Weiterbetrieb der Einrichtungen und Projekte in der Friedrichstraße 1-3 zu

Einweihung mit Plane (Foto rechts)

Normalerweise ist die Reihenfolge ja umgekehrt: Erst sieht man die Plane – dann das Ergebnis. Im Fall des Wandgemäldes an der Friedrichstr. 245a sah man erst den Entwurf, bestehend aus zahllosen Graffitis, der anschließend 1:1 per Hand auf Kacheln übertragen wurde, die dann wiederum an der Fassade angebracht werden. Weil das zum Einweihungstermin am 19. September nicht ganz geschafft war, hing dort allerdings immer noch die Plane. Gefeiert wurde trotzdem – denn die »Platz-Party« galt auch der abgeschlossenen Sanierung der Wilhelmstr. 2-6/Friedrichstr. 245a durch die HOWOGE. Die Beteiligung der landeseigenen Wohnungsbau-gesellschaft an dem kleinen Fest war auch ein Dankeschön für die Geduld und Kooperation der Mieterinnen und Mieter während der Sanierungsarbeiten.

Kältehilfe-Saison gestartet

Mit Beginn der kalten Jahreszeit wird das Leben auf der Straße für obdachlose Menschen deutlich gefährlicher. In der Kältehilfesaison bietet das Sozialamt Friedrichshain-Kreuzberg neben den ganzjährig geöffneten Einrichtungen zusätzliche Notübernachtungsplätze an. Über das aktuelle Angebot an Notübernachtungsplätzen informiert die Website kaeltehilfe-berlin.de.

Doch alle Berlinerinnen und Berliner können etwas tun: Schauen Sie nicht weg! Wenn Sie vermuten, dass eine obdachlose Person Hilfe benötigt, sprechen Sie sie höflich an und fragen, ob sie etwas braucht oder Hilfe annehmen will. Bitte handeln Sie, wenn Sie eine Gefährdung der Person befürchten!

Notfallnummern:

- Kältebus der Berliner Stadtmission:
Tel. (030) 690 33 36 90, täglich von 20 bis 02 Uhr
- Wärmebus des Deutschen Roten Kreuzes:
Tel. (030) 60 03 00 10 10, täglich von 18 bis 24 Uhr
- Kältehilfetelefon der Berliner Kältehilfe:
Tel. (030) 34 39 7140, täglich von 19 bis 23 Uhr
- KARUNA Sub – Buslinie für Obdachlose:
Tel. 0157-86 60 50 80, Mo-Fr von 09 bis 16 Uhr
- Hilfe-Hotline für obdachlose Menschen:
Tel. 0157-80 59 78 70, Mo-Fr von 09 bis 17 Uhr

Wenn eine Person hilflos wirkt, nicht ansprechbar ist oder sich oder andere möglicherweise in eine akute Gefahrensituation bringt, kann von einer Notfallsituation ausgegangen werden. Im Notfall wählen Sie die Nummer 110 (Polizei) oder 112 (Feuerwehr/Rettungsdienst).

Weitere Informationen zur medizinischen Versorgung von obdachlosen Menschen gibt es auf der Website: obdachlosigkeit-macht-krank.de.



Wenn Sperrmüll den Fluchtweg versperrt

Auch die Mieter sind gefragt, um Hausbrände zu verhindern



Und wieder hat es im Sommer im Gebiet gebrannt – konkret in der Friedrichstraße 4, wo es schon öfter brannte. Diesmal war es noch gefährlicher, weil Sperrmüll in einem Fluchtweg und dem Türbereich abgestellt worden war. Das Hochhaus ist nur knapp an einer Katastrophe vorbeigeschrammt.

Danach trafen sich Anwohnerinnen und Anwohner mit Vertretern der Feuerwehr sowie der Gewobag, der das Haus gehört, zu einem Austausch, wie man die Gefahr künftig mindern kann. Laut der Vertreterin der Gewobag wurden die Hauswärte bereits dafür sensibilisiert, abgestellten Sperrmüll frühzeitig zu entsorgen, außerdem sollen zusätzliche Sperrmülltage angeboten werden. Auch das Bezirksamt bietet seine Unterstützung an. Doch alles steht und fällt mit dem Verhalten der Mieterinnen und Mieter. Man kann es nicht oft genug sagen: Sperrmüll, der leichtfertig auf Hausfluren und in Eingangsbereichen ab-

gestellt wird, ist geradezu eine Einladung an Brandstifter, hier zu zündeln – aber auch »Zu verschenken«-Kisten, auf Fluren abgestellte Möbel u. ä. Erleichtert wird der Zugang für Brandstifter auch durch leichtfertiges Öffnen der Tür oder durch Haustüren, die durch Vandalismus beschädigt sind.

Deshalb:

- Stellen Sie Ihren (Sperr-)Müll nicht in Hausfluren ab und weisen Sie auch freundlich Ihre Nachbarinnen und Nachbarn darauf hin!
- Achten Sie darauf, dass insbesondere die Fluchtwägen nicht zugestellt werden!
- Öffnen Sie nicht leichtfertig die Tür für Fremde!
- Wenn bei Ihnen geklingelt wird: Fragen Sie zunächst an der Gegenstation, wer da ist! Im Zweifelsfall öffnen Sie nicht.
- Informieren Sie sofort die Gewobag, wenn die Haustür beschädigt ist und sich nicht mehr schließen lässt.

us

Kiezhausmeister auch im nächsten Jahr?

Ob der Senat das Projekt der Kiezhausmeister weiter finanziert, ist noch immer nicht klar

Es hat lange gedauert, doch seit Ende Juni ist wieder ein neuer Kiezhausmeister am Mehringplatz unterwegs. Und nun die schlechte Nachricht: Sein Vertrag läuft nur bis Ende 2025. Wie es danach weitergeht, ist derzeit völlig offen, weil die Finanzierung unsicher ist.

Der Kiezhausmeister am Mehringplatz wird – anders als Kiezhausmeister an anderen Orten – gemeinsam vom bezirklichen Straßen- und Grünflächenamt sowie den beiden landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften HOWOGE und Gewobag finanziert. Denn am Mehringplatz kümmert er sich nicht nur um die Grün- und Freiflächen, die dem Land Berlin gehören, sondern auch um die der Wohnungsbaugesellschaften.

Doch im Spätsommer wurde bekannt, dass der Senat in seinem Haushaltsentwurf 2026/2027 auch Kürzungen in den Etats der Straßen- und Grünflächenämter der Bezirke plante: So sollten die erfolgreichen BSR-Kiezstage,

die in Kooperation mit den Bezirken durchgeführt werden, und auch das Förderprogramm »Reparaturbonus«, das erst im September 2024 gestartet worden war, nicht mehr finanziert werden, ebenso wie die »Parkläufer« und die Kiezhausmeister. Auch für die Grünflächenpflege sollte weniger Geld zur Verfügung stehen – was zur Folge hätte, dass beispielsweise in Friedrichshain-Kreuzberg im schlimmsten Fall Grünanlagen gesperrt oder Spielgeräte abgebaut werden müssten.

Mehrere Bezirksstadträte unterschiedlicher Parteizugehörigkeit wandten sich daraufhin mit einem Brandbrief an den Regierenden Bürgermeister sowie an den Finanzsenator und die Umweltministerin (alle CDU) und warnten u.a. vor einem Kollaps der städtischen Grünflächen und Parks. Deutlich kritisierten sie auch die Streichung der Gelder für das Parkmanagement in den Bezirken: »Die Parkbetreuung (...) trägt maßgeblich zu Ordnung und Sicherheit in den Grünanlagen bei, wirkt präventiv gegen Vandalismus und Vermüllung und fördert die öffentliche Wertschätzung unseres Stadtgrüns. (...)

Eine Kompensation durch eigenes Personal der Bezirksämter ist nicht möglich. Die Folgen der Streichung sind absehbar: Mehr Müll, mehr Konflikte, weniger Sicherheit und eine spürbare sinkende Aufenthaltsqualität in unseren Grünanlagen. Die ohnehin

Weiterhin großer Handlungsbedarf

Ende des Sanierungsgebiets, Teil 3: Wie geht es weiter mit der Gebietsvertretung?

Die Frage ist, wie sich die Gebietsvertretung auch nach der Aufhebung des Sanierungsgebiets weiter engagieren kann und will. Doch derzeit beschäftigt die Gebietsvertretung ein brennendes Problem: Sie findet es nämlich fatal, dass das Sanierungsgebiet im kommenden Jahr bereits aufgehoben werden soll, obwohl aus ihrer Sicht zentrale Sanierungsziele noch nicht umgesetzt sind. U.a. ist der so wichtige Masterplan für den Block 616 derzeit in Arbeit. Zudem konnten die geplanten Gestaltungsmaßnahmen im Block 619 rund um den Blücherplatz jahrelang nicht begonnen werden, weil der Senat den Platz als Standort für einen Neubau der ZLB ausgewählt hatte. Und auch bei der Umsetzung der Sanierungsziele für die Friedrichstraße 245 wäre es hilfreich, wenn das Sanierungsrecht noch einige Jahre länger für das Gebiet gelten würde.

Doch bislang hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung eine Verlängerung des Gebiets stets abgelehnt – u.a. mit Verweis darauf, dass das Gebiet bereits im Jahr 2021 um fünf Jahre verlängert worden sei. Eigentlich war für das Sanierungsgebiet Südliche Friedrichstadt eine verkürzte Laufzeit von nur zehn Jahren beabsichtigt, normalerweise beträgt die Laufzeit aber 15 Jahre. Mit der Verlängerung wurde das Gebiet also nur auf die übliche Laufzeit gebracht. Zudem sind die 15 Jahre, die das Baugesetzbuch als übliche Dauer eines Sanierungsgebiets angibt, keine strikte Vorgabe: die Kommunen haben hier durchaus den Spielraum, Gebiete bei Bedarf zu verlängern. So wurde in Berlin soeben erst das Sanierungsgebiet Müllerstraße verlängert, das wie die Südliche Friedrichstadt im Jahr 2011 festgelegt worden war (siehe auch S. 8).

Die Gebietsvertretung Südliche Friedrichstadt hält eine Verlängerung des Sanierungsgebiets wegen der noch nicht erreichten Sanierungsziele und des aktuellen Entwicklungsstands beim Block 616 für unbedingt notwendig. Sie hat sich deshalb noch einmal mit einem Brief an den Stadtentwicklungsminister Christian Gaebler (SPD)

gewandt und um ein Gespräch gebeten. Der Brief ging parallel auch den Fraktionen im Abgeordnetenhaus zu. In ihrem Brief weist die Gebietsvertretung noch einmal auf die dringlichsten Probleme im Gebiet hin. Denkbar wäre aus Sicht der Gebietsvertretung beispielsweise auch, das noch gelten-de Sanierungsrecht für das Gebiet um zwei Jahre zu verlängern, um vor allem die sozialen Sanierungsziele im Gebiet zu sichern – auch ohne die Fördermittel des Programms »Lebendige Zentren und Quartiere«, also nahezu kostenneutral. Das betrifft zum Beispiel den Block 616, wo die Übertragung des Masterplans in einen Bebauungsplan bevorsteht. Geholfen hat auch das nicht: In ihrer Antwort bleibt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bei ihrer Position.

Nun wird die Gebietsvertretung beraten, wie sie nach der Aufhebung des Sanierungsgebiets agieren möchte. Handlungsbedarf gibt es schließlich auch weiterhin im Gebiet, und damit ist auch die Mitsprache und das Engagement der hier Lebenden künftig gefragt. Denkbar wären auch Kooperationen: Denn der Quartiersrat des QMs Mehringplatz, dessen Ende ebenfalls in Sicht ist, hat sich dafür entschieden, sich als Bürgergremium auch nach dem Ende des Quartiersmanagements weiterhin zu engagieren. Und dann gibt es ja auch noch den RAR (Revolutionärer Anwohner*innen Rat), der sich ebenfalls für die Belange der Bewohnerinnen und Bewohner am Mehringplatz einsetzt – das nächste Treffen findet übrigens am 27.11. im Café MadaMe statt. Vielleicht geht künftig aus all diesen Initiativen auch etwas Gemeinsames her vor, wer weiß. Stadtentwicklungsstadtrat Florian Schmidt kann sich so etwas jedenfalls gut vorstellen, als eine Art »Zukunftsraum«, wie er auf dem letzten Sanierungsbeirat äußerte. Dem Bezirk, so Schmidt, wäre jedenfalls sehr daran gelegen, mit Bürgergremien – in welcher Form auch immer sie sich organisieren – weiter zusammenzuarbeiten.



asum betreut wieder offene Mieterberatung im Gebiet

Außerdem berät sie bei der Mietpreisprüfstelle zu überhöhten Mieten

Nach einer längeren Pause, die durch eine verzögerte Neuaußschreibung verursacht wurde, berät die asum nun wieder im Auftrag des Bezirksamts Mieterinnen und Mieter im Sanierungsgebiet Südliche Friedrichstadt (Sprechzeiten siehe S. 2).

Seit März 2025 betreut die asum zudem gemeinsam mit der Mieterberatung Prenzlauer Berg die neu eingerichtete Mietpreisprüfstelle des Landes Berlin. Die Mietpreisprüfstelle ist ein niedrigschwelliges Beratungsangebot für alle Haushalte in Berlin, die den Verdacht haben, eine überhöhte Miete zu zahlen. Sie unterstützt Mieterinnen und Mieter bei der Überprüfung ihrer Miethöhe und berät zu weiteren Schritten zur Wahrnehmung ihrer Rechte. Durch individuelle Beratung werden sie über ihre rechtlichen Möglichkeiten informiert und an die entsprechenden Stellen zur Durchsetzung ihrer Rechte vermittelt. Eine überhöhte Miete kann sich aus einem Verstoß gegen die Mietpreisbremse oder aus §5 Wirtschaftsstrafgesetz (Mietpreisüberhöhung) ergeben. Im Fall des Verdachtes auf Verstoß gegen §5 Wirtschaftsstrafgesetz wird an die entsprechenden Stellen der Bezirke vermittelt. Mieterhö-



CHRISTOPH ECKELDORF

hungen werden von der Mietpreisprüfstelle jedoch nicht geprüft. Die Beratungen sind kostenlos und vertraulich.

Die Mietpreisprüfstelle bietet folgende Leistungen an:

— Erstberatung zur Miethöhe bei Verdacht auf Verstoß gegen die Mietpreisbremse (§ 556d (2) BGB) und bei Verdacht auf Mietpreisüberhöhung (Verstoß gegen §5 Wirtschaftsstrafgesetz)

— Unterstützung bei der Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete
— Beratung zu rechtlichen Schritten bei überhöhter Miete

Die Beratungen finden telefonisch, per E-Mail oder in Präsenzsprechstunden an zwei zentralen Standorten in Berlin statt. Zusätzlich gibt es telefonische Sprechstunden.

Sie erreichen die Mietpreisprüfstelle telefonisch montags, mittwochs und freitags zwischen 9 und 12 Uhr und

dienstags und donnerstags zwischen 14 und 17 Uhr unter der Telefonnummer 030-213 007 302. Bitte rufen Sie zur Terminvereinbarung an. Bei der Terminvereinbarung wird besprochen, welche Unterlagen für die Beratung benötigt werden.

Per eMail können Sie Terminanfragen an termin@mietpreispruefstelle.de schicken. Bitte geben Sie dabei eine Telefonnummer für Rückfragen an.

Präsenzzeiten- und Standorte für die Beratung (Termin erforderlich):
— dienstags zwischen 15 und 18 Uhr in den Räumen der Mieterberatung Prenzlauer Berg, Schönhauser Allee 59, 10437 Berlin

— donnerstags zwischen 14 und 17 Uhr in den Räumen der asum GmbH, Thaerstr. 30D, 10249 Berlin
Für allgemeine Fragen nutzen Sie bitte die eMail-Adresse

info@mietpreispruefstelle.de.

Bezirk geht gegen überhöhte Mieten vor

Erstmalig muss eine Vermieterin 26.000 Euro Bußgeld wegen zu hoher Miete zahlen

Das Wohnungsamt Friedrichshain-Kreuzberg hat den ersten rechtskräftigen Bußgeldbescheid in Friedrichshain-Kreuzberg wegen Verstoßes gegen § 5 Wirtschaftsstrafgesetz (Mietpreisüberhöhung) erwirkt: Weil eine Immobilien-Eigentümerin und Vermieterin eine viel zu hohe Miete verlangte, muss sie nun eine Strafe zahlen. Im konkreten Fall lag die 38,25 m² große Wohnung in Friedrichshain, die Miete lag rund 190 Prozent über dem

Mietspiegel. Als Bußgeld hatte das Wohnungsamt Friedrichshain-Kreuzberg 26.253,50 Euro festgesetzt sowie einen Mehrerlös von 22.264,08 Euro eingefordert. Der Mehrerlös entspricht der Rückforderung der zu viel gezahlten Miete und steht der ehemaligen Mieterin zu, sofern sie einen entsprechenden Antrag stellt.

Es ist das erste Mal, dass in Berlin ein Verstoß gegen § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes (Mietpreisüberhöhung) erwirkt wurde. Eine Mietpreisüberhöhung liegt vor, wenn infolge der Ausnutzung eines geringen Angebots an vergleichbarem Mietraum die geforderte Miete die ortsübliche Vergleichsmiete um mehr als 20 Prozent übersteigt. Demnach begeht ein Vermieter eine Ordnungswidrigkeit, wenn er eine solche überhöhte Miete verlangt.

Mietwucher und überhöhte Mieten sind in Berlin mit seinem akuten Wohnungsmangel keine Seltenheit – in den letzten Jahren sind die Mieten stark gestiegen. Weil der Wohnungsmarkt so angespannt ist, nutzen einige Vermieter die Not Wohnungsschänder aus und verlangen Mieten, die weit über dem Mietspiegel liegen.

Um dem entgegenzuwirken, hat der Senat im März 2025 eine Stelle zur Mietpreisüberprüfung eingerichtet, bei der Mieterinnen und Mieter prüfen lassen können, ob sie eine überhöhte Miete zahlen (siehe oben). Laut einer ersten Zwischenbilanz im August dieses Jahres wurden allein von März bis Juni bei 93 von 95 überprüften Mietverträgen unzulässige Überschreitungen der ortsüblichen Vergleichsmiete festgestellt.

us

Aktueller Masterplan vorgestellt

Im Block 616 sollen sich AOK und HOWOGE über die Neuordnung der Bauflächen verstündigen

Im Herbst rechnet der Baustadtrat von Friedrichshain-Kreuzberg Florian Schmidt mit dem Eingang eines Bauantrages für den Neubau auf dem Grundstück Friedrichstraße 245, das sich vom ehemaligen Edeka-Markt an der Friedrichstraße entlang der Franz-Klühs-Straße bis zur Wilhelmstraße erstreckt.

Der Masterplan »Block 616« liegt rechtzeitig vor dem Auslaufen des Sanierungsgebietes Südliche Friedrichstadt auf dem Tisch. Er wird vom Sanierungsbeauftragten Stadtkontor im Auftrag des Bezirksamts ausgearbeitet, im Oktober wurde der aktuelle Bearbeitungsstand auf dem Sanierungsbeirat des Gebiets vorgestellt.

Vorausgegangen war 2023/2024 ein städtebauliches Werkstattverfahren, an dem auch die Bürgerinnen und Bürger beteiligt waren. Nun geht es darum zu prüfen, wie die Ergebnisse dieses Verfahrens, also die favorisierten Entwürfe, tatsächlich realisiert werden können und wo Anpassungen notwendig sind.

Der kürzlich vorgestellte Stand des Masterplans war zuvor mit den beiden Grundstückseigentümern und potenziellen Bauherren, der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE und der AOK, abgestimmt worden. Denn Teil der Planung ist auch ein Vorschlag, wie die beiden großen Grundstückseigentümer HOWOGE und AOK Nordost mit dem Gelände zwischen der Friedrich-Stampfer-Straße und dem bestehenden Wohnhausriegel der HOWOGE und einem Grundstücks-tausch umgehen können. Im Masterplan geht es aber nicht nur um künftige Baukörper zwischen Wilhelmstraße und Mehringplatz, sondern auch um Grün-, Frei und Spielflächen, um Wegeführungen oder auch Erschließungsmöglichkeiten.

Dabei muss der Masterplan sowohl den wirtschaftlichen Interessen von HOWOGE und AOK gerecht werden als auch das öffentliche Interesse an der Entwicklung dieses Areals aufnehmen, wie sie in den Sanierungszielen des Gebiets Südliche Friedrichstadt niedergelegt sind. Dazu gehört u.a. ein hoher Anteil an Wohnungsbau, wo ein großer Teil mietpreis- und



belegungsgebundener Wohnungen zu errichten ist. Daneben müssen aber auch die Belange des Denkmalschutzes berücksichtigt werden, denn die kreisförmige Randbebauung des Mehringplatzes ist ja als Baudenkmal ausgewiesen.

Nach derzeitigem Stand des Masterplans könnten drei punktförmige Baukörper mit unterschiedlicher Höhenstaffelung entstehen: ein bis zu vierzehn Geschosse hoher Turm mit Mischnutzung an der Wilhelmstraße, ein sechs- bis neungeschossiges Wohnhaus im mittleren Grundstücksbereich und ein vier- bis sechsgeschossiges Wohnhaus hinter den bestehenden Randgebäuden zur Friedrichstraße bzw. zum Mehringplatz. Der Plan orientiert sich dabei an den Ergebnissen des städtebaulichen Werkstattverfahrens unter Berücksichtigung der Einwände und Anregungen der Eigentümer, der Denkmalpflege und auch der Bürgerinnen und Bürger. Allerdings haben die vorgeschlagenen Baukörper jetzt einen kleineren »Fußabdruck«, also eine geringere Grundfläche.

Dabei könnte die Wohnungsbau-gesellschaft HOWOGE das Baurecht für das östliche und mittlere Gebäude erhalten und die AOK das Baurecht für den Vierzehngeschosser an der Wilhelmstraße. Dieser soll zum Teil

Wohnzwecken dienen, zum Teil gewerblich genutzt werden können. Dazu müsste die HOWOGE die Freiflächen im Zentrum ihrer Wohnanlage einbringen, die sowohl dem großen Wohnriegel Wilhelmstr. 2-6 als auch der Randbebauung des Mehringplatzes und der Friedrichstraße zugeordnet sind – inklusive des nicht mehr gebrauchten Öltanks auf dem Gelände. Die AOK würde ihren Parkplatz nördlich der Friedrich-Stampfer-Straße einbringen. Und auch der Bezirk gibt eine Fläche dazu: die nördliche Hälfte der Friedrich-Stampfer-Straße.

Die Freiflächengestaltung ist so ausgerichtet, dass die entstehenden Grundstücke der HOWOGE und der AOK auch getrennt voneinander entwickelt werden können. Allerdings hat die Gebietsvertretung Sorge, was passiert, wenn die AOK ihr Grundstück nicht zeitgleich mit der HOWOGE entwickelt. Sie befürchtet, dass dann ein »städtischbauliches Loch« im Block 616 entstehen könnte. Die Gebietsvertretung schlägt vor, für diesen Fall eine Zwischenlösung zu finden.

Doch nun kommt es auf die Zustimmung der beiden beteiligten Unternehmen an. Davon wird abhängen, wie und wann der Masterplan zur Umsetzung kommt.



Verlängerung im Wedding

Nicht alle Sanierungsgebiete aus der »12. Verordnung« laufen jetzt aus

Das Sanierungsgebiet Südliche Friedrichstadt wird, wie bereits berichtet, im kommenden Jahr aufgehoben. Genauso ergeht es fünf anderen Berliner Sanierungsgebieten, die mit der »12. Verordnung über die förmliche Festlegung von Sanierungsgebieten vom 14. März 2011« als solche festgesetzt worden waren: den Gebieten Frankfurter Allee Nord (Lichtenberg), Karl-Marx-Straße/Sonnenallee (Neukölln), Wilhelmstadt (Spandau), Turmstraße (Mitte) und Nördliche Luisenstadt (Mitte, nicht zu verwechseln mit der Kreuzberger Bezirksregion gleichen Namens).

Damit hält sich das Land Berlin an die Vorgabe des Paragrafen 142 des Baugesetzbuches, nachdem Sanierungsgebiete nach 15 Jahren wieder aufgehoben werden sollen. Wenn wesentliche Sanierungsziele nicht erreicht wurden, erlaubt das Gesetz aber auch Ausnahmen. Doch nur bei einem der insgesamt sieben Sanierungsgebiete aus der 12. Verordnung wurde diese auch gemacht: Das Gebiet Müllerstraße im Wedding wurde bis zum Jahresende 2028 verlängert. In diesem Sanierungsgebiet liegt mit dem Leopoldplatz ein Hotspot des Drogenhandels mit der besonders gefährlichen Kokain-Variante Crack. Neben dem Görlitzer Park war der Leo ein lokaler Schwerpunkt des »Sicherheitsgipfels« des Berliner Senats und des Regierenden Bürgermeisters. Anders als in Kreuzberg ziehen im Wedding aber Bezirk und Senat weitestgehend an einem Strang. Man streitet sich nicht um Zäune und Mauern, sondern verfolgt ein Konzept, das schon zu Beginn der 2010er Jahre am »Runden Tisch Leopoldplatz« entwickelt worden war und sowohl sicherheitsrelevante als auch bauliche, soziale und kulturelle Maßnahmen umfasst. Immerhin ist es gelungen, in relativ kurzer Zeit die Anzahl der Suchtkranken auf dem Platz um ca. die Hälfte zu reduzieren. Freilich tauchen die jetzt in anderen Kiezen auf. Auch zum

Mehringplatz, mit der U-Bahn nur 13 Minuten vom Leo entfernt, sollen einige der Crack-Konsumenten vom Leopoldplatz inzwischen abgewandert sein.

Allerdings nützt die Verlängerung des Sanierungsgebiets nur wenig bei der Bewältigung der Probleme auf dem Leo. Die großen baulichen Maßnahmen auf dem Platz sind nämlich inzwischen abgeschlossen, eine räumliche Neuordnung der öffentlichen Grünanlage steht derzeit nicht zur Debatte. Deshalb ist das eigentliche Motiv des Senats für die Verlängerung wohl eher die unklare Zukunft des großen Warenhauses am Leopoldplatz, das in den 1970er und 1980er Jahren bundesweit eines der umsatzstärksten im ganzen Land war, aber seit Anfang 2024 leer steht. Das Entwicklungskonzept, das Bezirk, Senat und Eigentümer gemeinsam und öffentlich mit dem Projektentwickler Signa ausgearbeitet hatten, ist nach der Insolvenz der Signa (deren Eigentümer Rene Benko inzwischen im Gefängnis sitzt) nämlich geplatzt und hat angesichts der tiefen Krise des Marktes für Büroimmobilien auch eigentlich keine Realisierungschance mehr. Jetzt soll ein neuer Anlauf für die Aufstellung eines »vorhabenbezogenen Bebauungsplanes« unternommen werden. Und dabei ist der Einfluss der öffentlichen Hand natürlich größer, wenn sie sich dabei noch auf bestehende Sanierungsziele berufen kann.

Auch in der Südlichen Friedrichstadt sind einige der ursprünglich angestrebten baulichen Entwicklungsziele nicht erreicht. Allerdings sprengen die beispielsweise für eine umfassende Sanierung der ZLB oder der Friedrichstraße 1-3 erforderlichen Kosten bei weitem die finanziellen Möglichkeiten, die das Förderprogramms »Lebendige Zentren und Quartiere« bietet. Eine Verlängerung des bestehenden Sanierungsgebiets wäre bei diesen Maßnahmen auch keine Hilfe. Anders sieht das bei der Umsetzung der Entwicklungsziele im »Block 616« aus: Hier könnte eine Verlängerung des Sanierungsrechts durchaus förderlich sein. Aber das scheint für den Senat nicht so weit oben auf der Prioritätenliste zu stehen wie der Umgang mit einem ehemaligen Warenhaus in einer kriselnden Geschäftsstraße. cs

Neue Fördergebiete in Berlin

Das Städtebauförderprogramm »Lebendige Zentren und Quartiere« legt den Schwerpunkt auf die Anpassung, Revitalisierung und Stärkung insbesondere von Geschäftsstraßen und Quartierszentren, deren Vielfalt gefördert werden soll. Die Lebensqualität soll durch Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebote, einladende öffentliche Räume, zukunftsfähige Mobilitätsangebote sowie soziale Integration gestärkt werden. Seit 2012 wurden 22 Berliner Gebiete in das Förderprogramm aufgenommen, viele von ihnen laufen demnächst aus. Dafür wurden nun vier neue Gebiete in das Förderprogramm aufgenommen: »Helle Mitte« (Marzahn-Hellersdorf), Brunnenstraße Nord (Berlin-Mitte), Wilmersdorfer Straße (Charlottenburg-Wilmersdorf) und Zehlendorf Mitte (Steglitz-Zehlendorf).

Wulfhild Sydow gehörte zu den ersten Bewohnerinnen und Bewohnern der Neubauten am Mehringplatz und engagierte sich bis zuletzt für ihren Kiez. Bis 2005 hatte sie als Professorin für Fachdidaktik Geschichte an der Technischen Universität Berlin gelehrt. In diesem Sommer ist sie gestorben. Sie wurde von vielen im Kiez hoch geschätzt. Am 30. Oktober fand eine Gedenkveranstaltung für Wulfhild Sydow im Stadtteilzentrum F1 statt, organisiert von Nachbarinnen und Nachbarn und insbesondere den »Kiezkrähen« und unterstützt vom QM Mehringplatz.



Nachruf auf Wulfhild Sydow – Eine unermüdliche Stimme für den Mehringplatz

Zum Gedenken an eine engagierte Nachbarin

Mit tiefer Trauer und großer Dankbarkeit nehmen wir Abschied von Frau Wulfhild Sydow, die über viele Jahre mit Herz, Verstand und Humor das Leben am Mehringplatz bereichert und geprägt hat. Schon auf der allerersten Bürgerversammlung unseres Quartiersmanagements war sie dabei – neugierig, offen und voller Tatendrang. Frisch im Ruhestand, nach einem erfüllten Berufsleben als Pädagogin und Professorin, fand sie hier ihre neue Aufgabe: sich für ihren geliebten Kiez einzusetzen. Oft erzählte sie mit leuchtenden Augen, wie sie 1970 als eine der ersten durch die noch im Rohbau befindlichen Gebäude des neuen Mehringplatzes lief – auf der Suche nach ihrer Traumwohnung, die sie damals fand und bis zuletzt so sehr liebte. Ihr Engagement wuchs schnell: Zuerst in der Aktionsjury, dann im Quartiersrat und über viele Jahre im Sanierungsbeirat war sie eine treibende Kraft. Sie war Lesepatin in Schulen und Kitas, arbeitete in der AG Image mit und entwickelte gemeinsam mit

anderen das Logo für den Mehringplatz. Ihr Credo begleitete sie stets: »Der Mehringplatz braucht drei I's – Identität, Identifikation und Integration.« Auch an der Entstehung der ersten Kiezzeitung war sie maßgeblich beteiligt. Mit Begeisterung schrieb sie Texte, sammelte Bildmaterial und gewann viele andere Bewohnerinnen und Bewohner für die Kiezredaktion. Sie war überzeugt davon, dass Worte, Humor und Kreativität Menschen verbinden können – und lebte es vor.

Unvergessen bleiben ihre »Kiezkrähen«, das kleine, freche Kabarett, das sie gründete – mit selbstgeschriebenen Texten, pointierten Liedern und einem Augenzwinkern für die besonderen Eigenheiten unseres Kiezes. Mit Liebe, Witz und Hingabe besang sie den Engel und den »Meri-Kiez« – ihre Leidenschaft war ansteckend und inspirierte viele, selbst aktiv zu werden. Daraus entstand später sogar der Chor, der bis heute an diese lebendige Tradition anknüpft.

Frau Sydow war klug, elegant, witzig, energiegeladen und kompromisslos in ihrer Haltung. Sie konnte scharfzüngig sein, ja, manchmal anstrengend – aber immer mit dem Herzen am rechten Fleck. Sie legte den Finger auf die Wunden, wenn es nötig war, blieb dabei aber stets wohlwollend, hilfsbereit und zutiefst menschlich. Ihr ging es nie um das letzte Wort, sondern immer um das gemeinsame Weiterkommen.

Mit großer Offenheit und Toleranz setzte sie sich dafür ein, dass alle Nachbarinnen und Nachbarn – unabhängig von Herkunft oder Hintergrund – sich am Mehringplatz zuhause fühlen könnten. Sie verstand Integration als Herzensangelegenheit und lebte sie Tag für Tag.

Vielleicht war sie nicht von allen immer geliebt, aber ganz sicher von allen respektiert und geschätzt. Denn sie hat unseren Kiez mitgestaltet – sichtbar, spürbar, nachhaltig. Sie hat den Mehringplatz geliebt wie kaum jemand sonst: mit kritischem Blick, aber unerschütterlicher Begeisterung. Sie suchte stets nach der Schönheit – und fand sie, immer wieder, mitten unter uns.

Ihr Feuer, ihre Ideen, ihre Lebensfreude – all das wird weiterleben in den Projekten, die sie angestoßen hat, und in den Herzen der Menschen, die sie berührt hat.

Danke, liebe Frau Sydow, für Ihren unglaublichen Mut, Ihren Charme, Ihre Wärme, Ihre erlässliche Unterstützung und Ihren unendlichen Glauben an das Gute in diesem Ort.

Sie bleiben für immer Teil des Mehringplatzes – in unseren Erinnerungen, in unserem Tun, in unserem Kiez.

Ihre Kristijana Penava und das ganze Team des Quartiersmanagements am Mehringplatz im Kunstwelt e.V.

Foto: Wulfhild Sydow (2.v.l.) auf dem Quartiersräteempfang 2013 zur Ehrung der Ehrenamtlichen.



Veranstaltungen / Termine des QM

QM-Sprechstunden

Aufgrund der Instandsetzungsmaßnahmen im Stadtteilzentrum sind die Büoräume in der Friedrichstraße nicht mehr besetzt. In den kommenden Monaten finden Sie das QM-Team daher immer donnerstags von 9 bis 15 Uhr im hinteren Bereich des Stadtteilzentrums F1, Friedrichstraße 1 (Zugang über den Garten). Telefonisch erreichen Sie das QM in dieser Zeit unter der Rufnummer 0160 9760 5749. Die E-Mailadresse info@qm-mehringplatz.de bleibt bestehen. Die Postadresse bleibt unverändert die Friedrichstraße 1, 10969 Berlin.

Trinken mit Stift

»Trinken mit Stift« ist ein regelmäßiges Angebot, das seit Anfang 2025 in der Kiezstube am Mehringplatz stattfindet – immer am 2. Mittwoch jedes Monats. Der Eintritt ist frei, Stifte und Papier sind vorhanden. »Trinken mit Stift« sind angeleitete Zeichen-Runden mit Nicola. Ein Angebot an alle, die Spaß am Zeichnen finden oder es in entspannter Atmosphäre und netter Gesellschaft erstmal ausprobieren wollen: Egal, ob man eine »Ich kann nicht malen« – oder eine hoch talentierte Person oder irgendwas dazwi-

schen ist – jede und jeder ist eingeladen, die kreativen Kräfte fließen und den Stift machen zu lassen. Einfach vorbeikommen!

Instagram: [trinken_mit_Stift](https://www.instagram.com/trinken_mit_stift/), Mail: jungsbe@gmx.de
Die nächsten Termine in diesem Jahr finden am Mittwoch, dem 12. November, und am Mittwoch, dem 10. Dezember jeweils um 20 Uhr statt: in der Kiezstube, Mehringplatz 7, 10969 Berlin

Das Angebot wird durch das Programm Sozialer Zusammenhalt im Rahmen des Quartiersmanagements Mehringplatz gefördert.

Yoga und Qi Gong am Mehringplatz

Alle, die möchten, sind zum Yoga und Qi Gong am Mehringplatz eingeladen! Es handelt sich um einfaches Yoga und Qi Gong zum Mitmachen, die Teilnahme ist kostenlos. Hinterher gibt es noch Kaffee, Tee und Gespräche (wer Lust dazu hat). Wer Fragen hat oder weitere Infos benötigt, kann sich an Gaia Culture wenden: www.gaia-culture.org, Mail: info@gaiaculture.org, Tel. 030 292 7791 oder 0178 6339826.
Yoga: Jeden Montag, 14–15.30 Uhr im Stadtteilzentrum F1, Friedrichstraße 1 (Trepppunkt Eingang), 10969 Berlin
Qi Gong: Jeden Donnerstag, 17–18.30 Uhr, Kiezstube, Mehringplatz 7, 10969 Berlin

Schach am Mehringplatz

Wer hat Lust auf Schach? Gemeinsam mit anderen kann man das Spiel immer am zweiten Samstag des Monats üben, spielen, ausprobieren: Das Angebot richtet sich an alle Niveaus und Altersgruppen zwischen 5 und 95 Jahren. Alle sind willkommen und eingeladen, einfach vorbeizukommen. Der Eintritt ist frei. Wunderschöne Spiele sind vorhanden.

Instagram: [schach_mehringplatz](https://www.instagram.com/schach_mehringplatz/), Mail: jungsbe@gmx.de
Die nächsten Termine finden am Samstag, dem 8. November, und Samstag, dem 13. Dezember, jeweils von 15 bis 18 Uhr statt: in und vor der Kiezstube, Mehringplatz 7, 10969 Berlin.

Das Angebot wird durch das Programm Sozialer Zusammenhalt im Rahmen des Quartiersmanagements Mehringplatz gefördert.

Neue Öffnungszeiten des Bürgeramts

Seit dem 1. November hat das Bürgeramt 1 (im Rathaus, Yorckstr. 4–11) mittwochs und donnerstags neue Öffnungszeiten: mittwochs von 8 bis 15 Uhr, donnerstags von 8 bis 14 Uhr. An den anderen Wochentagen bleiben die Öffnungszeiten wie bisher.

26. November: Wintermuckel am Mehringplatz

Auch in diesem Jahr wird es wieder vorweihnachtlich muckelig am Mehringplatz. Der diesjährige »Wintermuckel« findet am Mittwoch, dem 26. November von 16 bis 19 Uhr statt – diesmal organisiert vom Unionhilfswerk. Auch der Ort ändert sich: wegen der Bauarbeiten in der Friedrichstraße 1–3 zieht er um auf die Fläche zwischen dem Café MadaMe und der Kiezstube. Anderes bleibt, auch bei diesem »Wintermuckel«, der nun schon zum 4. Mal stattfindet: Sicher wird es wieder einen geschmückten Weihnachtsbaum geben, in den letzten Jahren ließ es sich der Feuerwehrmann Ali Khattab von der Kreuzberger Feuerwache nicht nehmen, mit einem Leiterwagen das Schmücken des Baums zu unterstützen.

Natürlich werden das Quartiersmanagement Mehringplatz und zahlreiche Initiativen, Vereine, Institutionen und andere Engagierte dafür sorgen, dass es auch diesmal ein buntes Programm, viele Mitmachangebote, heiße Getränke, diverse Leckereien und Überraschungen gibt. Vielleicht schaut auch wieder der Weihnachtsmann vorbei

us



Eddi wünscht sich einen Basar



Hallo, hier ist wieder Euer Eddi. In den Ferien haben wir unsere Verwandten in Afrika besucht, das war eine sehr lange Reise mit dem Flugzeug. In Istanbul mussten wir umsteigen. Bei der Gelegenheit haben wir ein paar Tage lang Pause gemacht und uns die Stadt angesehen.

Besonders beeindruckt hat mich dort die Altstadt mit den großen Palästen und den uralten Moscheen. Dort findet man auch einen weltberühmten Basar, der umgeben ist von einem riesigen Gewirr aus engen Gassen voller kleiner Geschäfte. In einer Gasse wurden zum Beispiel ausschließlich Kopftücher angeboten, ein Kopftuch-Laden lag daneben dem anderen. In einer anderen Ecke gab es nur Gewürze und in wieder einer nur Baklava und andere Süßigkeiten.

Um den Mehringplatz herum verläuft ja auch so eine Gasse mit kleinen Geschäften. Aber dorthin kommen viel weniger Kunden. Ziemlich oft stehen da Läden leer. Als der Mehringplatz gebaut wurde, hatten die Planer aber ein ähnliches Gewimmel wie in Istanbul im Sinn. Damals gab es nämlich in Deutschland noch keine großen Supermärkte wie heute, hat unser Opa einmal erzählt, sondern nur kleine Tante-Emma-Läden. Und die sollte man hier direkt vor der Haustür finden, damit man es zum Einkaufen nicht weit hat. Damals galt noch eine »Kaufpreisbindung« – das heißt, überall kostete eine Sache das gleiche. Es gab auch keine Sonderangebote, die waren verboten.

Weihnachtsmärkte in Kreuzberg

Zunächst freut sich auch Eddi wieder auf den »Wintermuckel« am Mehringplatz – mit Weihnachtsbaum, leckeren Sachen und vielen Überraschungen. Er findet in diesem Jahr am Mittwoch, dem 26. November von 16 bis 19 Uhr statt, diesmal zwischen dem Café MadaMe und der Kiezstube.

Außerdem finden im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg auch in diesem Jahr wieder zahlreiche traditionelle Weihnachtsmärkte und -basare statt, zum Beispiel auf dem RAW-Gelände, vor der Über-Arena oder am Ufer der Spree am Holzmarkt. Und die Markthalle IX in der Eisenbahnstraße verwandelt sich im Dezember freitags und samstags in die »Merry-Markthalle« mit besonders weihnachtlichem Angebot.

Am 29. November findet von 15 bis 18 Uhr ein Adventsbasar an der Christuskirche statt (Dieffenbachstr. 39–40). Etwas Besonderes sind die speziellen internationalen Angebote, etwa der japanische Weihnachtsmarkt am 30. November im Festsaal Kreuzberg (Am Flutgraben 2) oder der brasilianische Weihnachtsmarkt am selben Ort am 7. Dezember. Dazu gehört jeweils auch ein kulturelles Rahmenprogramm, deshalb ist der Eintritt nicht frei. Und am 6. Dezember lädt die Norwegische Sjømanskirken-Gemeinde ab 12 Uhr zum Jule-Basar im großen Saal des Gemeindehauses in der Wartenburgstraße 7 ein.

Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es empfiehlt sich, in der vorweihnachtlichen Zeit ganz besonders auf Aushänge zu achten: viele Kirchengemeinden und Sportvereine veranstalten in dieser Zeit nämlich öffentliche Basare und Weihnachtsmärkte, wo man allerlei Interessantes finden und darüber hinaus auch noch nette Nachbarn kennen lernen kann.

Euer Eddi



1-3, die auch seit etlichen Jahren in einem so erbärmlichen baulichen Zustand ist, dass längst nicht mehr alle Räume genutzt werden können. Seit Jahren schiebt der Senat die umfassende Sanierung des Gebäudekomplexes immer weiter auf, die damit natürlich immer teurer wird. Vermutlich ist der Bau, wenn er im Jahr 2033 nach den Senatsplänen endlich dran sein soll, schon reif für den Abriss.

In der benachbarten Galilei-Grundschule wiederum kriegt man seit einem geschlagenen halben Jahr die Beleuchtung der mittleren Etage nicht aus, weil das System so kompliziert ist – zur buchstäblich hellen Freude der unmittelbaren Anwohner, die unfreiwillig rund um die Uhr Erleuchtung erfahren. Dafür geht nach Berichten eines Mitglieds des Sanierungsbeirats in manchen Klassenzimmern das Licht nicht an, weshalb die Kinder teils schon Lampen von zu Hause mitbrachten. Einem Vater, der die Beleuchtung aus eigener Kraft und mit den notwendigen Fähigkeiten in Ordnung bringen wollte, wurde beschieden, das ginge nicht – willkommen in der deutschen Welt der Vorschriften.

Die Liste ließe sich endlos fortsetzen: marode Schulen mit verdreckten Klos, weil es an der Reinigung und an Hausmeistern fehlt, Lehrermangel und Unterrichtsausfall, viel zu wenige Sozialarbeiter für Kinder und Jugendliche, und jetzt werden auch noch die Schulstationen gekürzt. Mal ganz zu schweigen von einem mehr als reformbedürftigen Schulsystem, das noch immer soziale Auslese betreibt, etc. pp. Kinder und ihre Eltern sind als potenzielle Wähler für die Politik eher uninteressant – Kinder können nicht wählen, und es gibt nun mal sehr viel mehr Rentner im Land als Eltern schulpflichtiger Kinder. Die Eltern sind ohnehin schon viel zu gestresst damit, sich für ihren Nachwuchs durch den Bürokratiedschungel (von der Geburtsurkunde über den Kitaplatz, Schulanmeldungen bis zu Kinderzuschlag etc.) zu kämpfen, als dass sie noch groß aufmucken würden.

Aber vielleicht sollte man doch mal ab und an die Töchter und Söhne fragen, was sie eigentlich davon halten, so behandelt zu werden. Es könnte nämlich sein, dass sie – wenn sie erstmal groß genug sind und der Staat von ihnen erwartet, dass sie Renten finanzieren und Staatsschulden bezahlen, ihr Land verteidigen oder den Alten die Hintern abputzen – diesem Land dann einfach mal den Mittelfinger zeigen.

us

das letzte

Kinder können sich nicht wehren ...

... jedenfalls nicht, solange sie noch klein sind:
von Schul- und anderen Missständen

Nahezu unbemerkt nähern wir uns einem interessanten Jahrestag: Am 20. Dezember wird es genau 13 Jahre her sein, dass Kreuzberger Kontrolleure den unzureichenden Brandschutz am Gebäude der Kurt-Schumacher-Schule bemängelten, einem 70er-Jahre-Bau, der erst 1992 asbestosaniert worden war. Dann ging alles sehr schnell: Schon am folgenden Tag, dem 21. Dezember 2012, wurden die Sachen gepackt und ins Hortgebäude verfrachtet, wo sich nun alles auf engstem Raum wiederfand: Unterricht, Mensa, Lehrerzimmer, Sekretariat.

Es war wohl der letzte Tag, an dem irgendwas mit diesem Schulgebäude sehr schnell ging. Wir ersparen uns die Schilderung des ganzen Hickhacks zwischendurch und machen einen Zeitsprung: 13 Jahre später, also Stand heute, ist zwar ein erster Bauabschnitt fertiggestellt. Doch seitdem ist die Schule eine Baustelle im Stillstand. Noch immer verbringt ein Großteil der Kinder von der ersten bis zur 6. Klasse ihrem gesamten Ganztagschultag in ein und demselben Raum, in dem sie lernen, essen, spielen, die Pause und die Nachmittagsbetreuung verbringen, noch immer gibt es kein vernünftiges Lehrerzimmer usf. Mit anderen Worten: Bislang haben zwei ganze Grundschul-durchgänge ihre ersten sechs Schuljahre auf einer Baustelle verbracht, vom ersten Schultag bis zum Wechsel auf weiterführende Schulen. Erst im letzten Jahr hatten die Eltern mal wieder

einen Brandbrief geschrieben, über den die Medien auch berichteten, und eine Demonstration auf die Beine gestellt. Und wieder wurde versichert, es solle nun bald weitergehen mit dem Bau, ab 2025.

Also haben wir mal wieder bei der Schulleitung nachgefragt. Eigentlich hätte man sich die Nachfrage sparen können: Bislang ist nicht einmal eine Baustelleneinrichtung in Sicht, Aktivitäten sind nach Auskunft der Schulleitung bislang nicht zu verzeichnen – und Informationen habe man in der letzten Zeit auch nicht erhalten. Noch ein weiteres Jahr, und die Kurt-Schumacher-Grundschule hat die »Skandalbaustelle« BER getoppt – der war nach 14 Jahren fertiggestellt. Der Bau der Elphilharmonie hat mit den obligatorischen Verzögerungen übrigens zehn Jahre gedauert.

Man sollte meinen, eine Schule, die nach 13 Jahren immer noch eine Baustelle ist und das bei laufendem Betrieb, würde allen Verantwortlichen die Schamesröte ins Gesicht treiben und auf der Prioritätenliste ganz oben stehen. Aber davon ist nichts zu spüren. Und es ist ja auch nicht das einzige Elend im näheren Umfeld: Wenn die Kinder und Jugendlichen nach der Schule Freizeitangebote nutzen wollen, tun sie das u.a. in der Friedrichstraße